

Aus der eaf Arbeit

● Die Jahrestagung der eaf

Diese fand vom 12.-14. September 2011 in Hannover statt. Der Fachteil beschäftigte sich mit dem Thema "Familien mit Heranwachsenden". Dazu ist eine Dokumentation in Arbeit. Bei der Mitgliederversammlung wurde für die Wahlperiode 2011-2015 ein neues Präsidium gewählt. Christel Riemann-Hanewinckel wurde einstimmig als Präsidentin der eaf bestätigt. Wolfgang Hötzel (FA1) wurde als Vizepräsident wiedergewählt und Bernd Heimberg (LAK Niedersachsen, FA2) wurde als neuer Vizepräsident gewählt. Beisitzerinnen und Beisitzer sind: Renate Augstein, Gundula Bomm, Ilse Birzele und Dieter Wentzek. <http://www.eaf-bund.de/vernetzung/gremien.html>

● Film zur eaf Kampagne *Pflege in guter Gesellschaft*



Mit dem Film gibt es nun noch ein Element der eaf Kampagne, das einen Einblick gibt, wie auf Pflegende und Pflegebedürftige in der Kirchengemeinde eingegangen wird. Auf der Themenwebsite sind unterschiedliche aktuelle Aktivitäten der eaf Mitglieder zu finden.

<http://www.eaf-bund.de/pflege/film.html>

● AGF bei der Bundeskanzlerin

Die in der AGF zusammengeschlossenen Familienverbände haben sich am 21. September 2011 zu einem Meinungsaustausch mit Bundeskanzlerin Merkel getroffen. Im Bundeskanzleramt traf sich die Bundeskanzlerin mit den Vorsitzenden und Präsidenten der deutschen Familienverbände, die sich in der AGF zusammengeschlossen haben. Damit wurde der Austausch zwischen der Bundeskanzlerin und den Verbänden auch in dieser Legislaturperiode fortgesetzt. In dem Gespräch ging es vor allem über die verschiedenen Aspekte der Situation und die Bedürfnisse von Familien in Deutschland. Der gemeinsame Austausch soll auch in Zukunft fortgesetzt werden. Für die eaf nahm der Vizepräsident, Wolfgang Hötzel (4.v.l.) an dem Treffen teil.



● Personalwechsel in der eaf Bundesgeschäftsstelle

Eine Mutterschutz-/Elternzeitvertretung für Frau Haase (Sachbearbeitung, 50 %) wurde gefunden. Frau Kremer arbeitet ab dem 11. Oktober 2011 und verstärkt voraussichtlich bis Ende November 2012 das Team der Geschäftsstelle vor allem in den Aufgabenfeldern Öffentlichkeitsarbeit und Un-

terstützung der Geschäftsführung.

<http://www.eaf-bund.de/ueber-uns/bundesgeschaeftsstelle.html>

- **Unterstützung für „7 % für Kinder“ auf europäischer Ebene**

Die Kampagne der AGF zur Anwendung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes auf Produkte und Dienstleistungen für Kinder findet nun auch auf der europäischen Ebene Unterstützung. Am 8. September 2011 hatte die AGF gemeinsam mit der COFACE, dem Familienverband auf europäischer Ebene, eine Veranstaltung zur Reduzierung der MwSt. Die Diskussion war durchaus kritisch und kontrovers gegenüber dieser Maßnahme.

Im Ergebnis unterstützt die COFACE aber diese Forderung. Allerdings als eine mögliche und sinnvolle Maßnahme zur Unterstützung von Familien. Eine Harmonisierung des Steuerrechts in dieser Frage auf europäischer Ebene hält sie nicht für erstrebenswert, weil einzelne Länder durchaus andere sinnvolle Maßnahmen zur Unterstützung von Familien implementiert haben, z. B. durch eine MwSt.-Rückzahlung für Familien.

Haben Sie sich schon per Internetunterschrift beteiligt? Hier ist der Link zur Kampagnenseite:

<http://7fuerkinder.de/home/unterschriften.html>

- Eaf Pressemitteilung zum Weltkindertag am 20. September 2011 **„Kinder und Jugendliche brauchen ganzjährig Aufmerksamkeit“**: http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Pressemittelungen/PM_2011/110919_Weltkindertag.pdf

- **Stellungnahme der eaf zu dem Entwurf eines Unterhaltsvorschussentbürokratisierungsgesetzes** vom 20. September 2011 http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Stn2011/111011_Stn_UVentb%C3%BCrG_SM.pdf

- **Ilse Falk neue Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland**

Neue Vorsitzende des Dachverbandes Evangelische Frauen in Deutschland e.V. (EFiD) ist Ilse Falk, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Kirche, so Ilse Falk, sei nicht vorstellbar ohne die Aktivität der Frauen. „Ich freue mich darauf, mit diesem großen protestantischen Frauenverband unsere Kirche und unsere Gesellschaft mitzugestalten.“

Die von Gott gegebene Freiheit sei nicht unbegrenzt, sagte Ilse Falk. „Sie fordert uns vielmehr auf, Verantwortung zu übernehmen und unsere christlichen Werte nicht zu verleugnen, sondern sie zur Grundlage unseres Handelns zu machen.“ Ilse Falk war von 1990 bis 2009 Abgeordnete des Deutschen Bundestages, seit 2001 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, von 2001 bis 2005 Parlamentarische Geschäftsführerin und von 2005 bis 2009 stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die Bereiche Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Arbeit und Soziales, Arbeitnehmer und Kirchen.

Zur stellvertretenden Vorsitzenden wählte die EFiD-Mitgliederversammlung erneut die Theologin Kerstin Möller, Leiterin des Nordelbischen Frauenwerkes und Leiterin des Hauptbereiches Frauen, Männer, Jugend der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

Weiterhin wurden Pfarrerin Barbara Kohlstruck, theologische Referentin des Fachbereiches Frauen in der Evangelischen Arbeitsstelle Bildung und Gesellschaft und Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche der Pfalz, Ursula Kress, Beauftragte für Chancengleichheit der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, Mechthild von Luxburg, Vorsitzende des Kuratoriums des Frauenwerks Stein, Pfarrerin Carola Ritter, Leitende Pfarrerin der Evangelischen Frauen in Mitteldeutschland, und Angelika Weigt-Blätgen, Leitende Pfarrerin der Evangelischen Frauenhilfe in Westfalen e.V., in das EFiD-Präsidium gewählt.

Die Mitgliederversammlung der EFiD verabschiedete seine bisherige Vorsitzende Brunhilde Raiser und die Präsidiumsmitglieder Antje Büsing, Anne Rieck, Marliese Walz und Petra Zulauf. Brunhilde

Raiser und ihre Kolleginnen im Präsidium waren die entscheidende Kraft in der Aufbauphase der EFiD, die 2008 aus der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland e.V. und der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland e.V. hervorging.

Quelle: PM EFiD vom 13. Oktober 2011

- **Bildungspolitische Stellungnahme der DEAE**

Anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens hat die Deutsche Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Erwachsenenbildung (DEAE) eine bildungspolitische Erklärung mit dem Titel „Menschenrecht Bildung - Evangelische Erwachsenenbildung in der Zivilgesellschaft“ veröffentlicht.

<http://www.ci-muenster.de/themen/bildung/DEAE2011.doc>

Quelle: Comenius-Institut CI aktuell 10/2011 vom 10. Oktober 2011

Tagungen und Veranstaltungen

- **Kinder und häusliche Gewalt. Auswirkungen und Hilfen**

7.-9. November 2011, Tagungsstätte Evangelische Akademie Tutzing

Kinder werden in gewalttätigen Partnerschaftskonflikten zu Opfern, auch wenn sie nicht direkt von Misshandlungen betroffen sind. Die Atmosphäre von Gewalt und Demütigung wirkt in hohem Maße belastend auf die Kinder. Häusliche Gewalt ist damit ein Thema, das gerade auch im Licht von Kindeswohl und Kinderschutz gesehen werden muss.

Die Evangelische Akademie Tutzing lädt gemeinsam mit dem Runden Tisch gegen Häusliche Gewalt im Landkreis München und dem Deutschen Jugendinstitut e.V. zu dieser Tagung ein.

Detailprogramm und Anmeldung unter:

<http://web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php?id=576&part=prog&ldnr=1751>

- **10. November 2011 – Übergang Schule – Beruf: Niemand darf verloren gehen**

Demografie-Fachtag im Projekt REGIOdrive.

Die Veranstaltung ist eine Weiterführung des Demografie-Fachtags im Juli 2010. Dieses Mal liegt der Schwerpunkt auf dem Thema Jugendliche beim Übergang von der Schule in die Ausbildung oder den Beruf. Angesichts des drohenden Fachkräftemangels muss alles getan werden, damit auch Jugendliche mit schwächeren Schulabschlüssen eine Lehrstelle bekommen.

Evangelische Akademie Bad Boll, Akademieweg 11, 73087 Bad Boll, Telefon: 07164-790

<http://www.ev-akademie-boll.de/index.php?id=142&tagungsid=451311>

- **Kinderschutz und Frühe Hilfen**

Die Evangelische Konferenz für Familien- und Lebensberatung (EKFuL) und der Diakonie Bundesverband veranstalten eine interdisziplinäre Kooperationstagung zum neuen Bundeskinderschutzgesetz „Kinderschutz und Frühe Hilfen“. Die Tagung findet am 14.-15. November in Berlin-Mitte (Dietrich-Bonhoeffer-Haus) statt.

Programm und Anmeldung über <http://www.ekful.de/index6d44.html?id=131>

- **Außer Spesen nichts gewesen!?**

- **Armutspolitische Bilanz und Perspektiven der Allgemeinen Sozialarbeit**

Das Diakonische Werk der EKD veranstaltet vom 14.-16.11.2011 in der Bundesakademie für Kirche und Diakonie in Berlin eine Tagung zum Thema „Armut und Ausgrenzung überwinden – Handlungsperspektiven für mehr soziale Gerechtigkeit“. Die Tagung wird in Verbindung mit den Referentinnen und Referenten der Allgemeinen Sozialarbeit der Diakonie durchgeführt. Tagungsbeschreibung und Anmeldung unter: <http://fachinformationen.diakonie-wissen.de/termin/3237>

- **18.-20.11.2011 - 2. Thüringer Wohnprojektetage in Erfurt & Neudietendorf**

Das Interesse an gemeinschaftlich orientierten Wohnformen wächst, insbesondere als eine mögliche Alternative für das selbstbestimmte Wohnen im Alter. Obwohl Wohnprojekte in Anzahl und Vielfalt auch in unserem Land zunehmen, steht Thüringen im Vergleich zu anderen Bundesländern noch am Anfang. Viele private Initiativen und Projektgruppen suchen Beratung, Möglichkeiten zum Erfahrungsaustausch und gute Partner. Kommunen, Wohnungsunternehmen und Soziale Träger sind andererseits noch immer zurückhaltend, wenn es um das Engagement für oder die Zusammenarbeit mit gemeinschaftlichen Wohnformen geht. Es gibt also auf diesem Gebiet für alle noch eine Menge gemeinsam zu entdecken. Der WohnStrategen e.V. hat es sich zu seiner Aufgabe gemacht, als Regionalstelle Thüringen der Bundesvereinigung Forum Gemeinschaftliches Wohnen e.V. alle Akteure dabei zu unterstützen. Im Fokus des Fachtags stehen in diesem Jahr Zukunftsszenarien für kleine Städte und Gemeinden. Neue Wohnformen und vernetzte Initiativen in der Nachbarschaft sind dabei Schlüsselbegriffe.

Weitere Informationen unter:

www.wohnstrategen.de/veranstaltungen/2-thueringer-wohnprojektetage/

Kontakt: info@wohnstrategen.de WohnStrategen. e.V.

(Regionalstelle Thüringen der Bundesvereinigung FORUM GEMEINSCHAFTLICHES WOHNEN e.V.),
Dipl.-Ing. Ulrike Jurrack Tel. 03643-77 36 496 [Programm](#)

- **Fachtagung „Kultursensible Pflege in der Einwanderungsgesellschaft“**

Die Gesellschaft für Politische Bildung e.V. und die AWO Nürnberg laden vom 21. bis 22. November 2012 in die Akademie Frankenwarte Würzburg zur Fachtagung ein: „Kultursensible Pflege in der Einwanderungsgesellschaft“ Möglichkeiten und Herausforderungen in der Diskussion. Diese Tagung mit fachkundigen Vertreterinnen und Vertretern aus Forschung, Politik und Praxis bietet MultiplikatorInnen und Interessierten im Bereich des Pflege- und Gesundheitssektors ein Forum für Diskussionen zu den Herausforderungen und Möglichkeiten der kultursensiblen Pflege in der Einwanderungsgesellschaft und erarbeitet Handlungsansätze.

Anmeldung und Programm: <http://www.frankenwarte.de/programm/seminare/2011/11/index.html>

- **Veranstaltung zur Rentenpolitik in Stuttgart**

Der im Titel der Tagung zitierte Satz des ehemaligen Ministers Norbert Blüm ist Legende. Zur Legende im Wortsinn eines Märchens gerät jedoch für die Angehörigen der jüngeren Generation (beginnend mit den „Babyboomern“) auch die Aussicht auf ihre finanzielle Sicherheit im Alter. Die demographische Entwicklung und die Entwicklung am Arbeitsmarkt führen zu längerer Lebensarbeitszeit, geringerer Rentenerwartung und der Notwendigkeit einer privaten Altersvorsorge. Der „Trend zur Eigenverantwortung“ trifft dabei auf eine Zunahme unsteter Erwerbsbiographien, Niedriglöhne, hohe Arbeitslosigkeit oder gering bewertete Kindererziehungszeiten, um nur einige Schlagworte zu nennen. Für Frauen, insbesondere für Mütter und für Familien stellt sich die Frage nach finanzieller Sicherheit im Alter in zugespitzter Form. Rentenpolitik ist daher eine besondere und wichtige Ausprägung von Frauen- und Familienpolitik.

Landesfamilienrat und Landesfrauenrat laden dazu in Kooperation mit der Deutschen Rentenversicherung Baden-Württemberg nach Stuttgart ein. Die Veranstaltung geht auf Grundlagen, Entwicklungen und aktuelle Herausforderungen der Alterssicherung in Deutschland ein und eröffnet eine Plattform für Diskussion und Forderungen, die sich aus Sicht der beteiligten Akteure ergeben. Wir würden uns freuen, wenn das Programm Ihr Interesse findet.

Die Teilnahme ist kostenlos. Bitte melden Sie sich ab 05.09.2011 bei Frau Piontek unter info@landesfrauenrat.de oder über Telefon 0711 / 62 11 35 an.

http://www.landesfamilienrat.de/PDFtermine/2011-11-28_Die%20Rente%20ist%20sicher_Programm.pdf

ZUM VORMERKEN FÜR 2012:

- **Fachtagung „Auftrage Familie: Familien stärken in evangelischer Perspektive“ vom 2.-3. Februar 2012 in Eisenach**

Die Vielfalt der Familienformen ist vielerorts mittlerweile zur Selbstverständlichkeit geworden. Familie ist eben kein fixes Gebilde, sondern alltägliche Gestaltungsaufgabe. Zuallererst aber auch Gabe und Geschenk Gottes. Wie ist es mit dem kirchlichen Handeln in diesem Arbeitsfeld bestellt? Vielerorts ist von mutigen Projekten zu hören – von erfolgreichen Familienzentren über konkrete Ansätze zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu Auszeichnungen für besonders familienfreundliche Gemeinden. Welche Rolle nimmt das Querschnittsthema im kirchlichen Reformprozess ein? Welche Rahmenbedingungen braucht es schließlich, um die familienbezogene Arbeit in unserer Kirche weiter zu stärken?

Das Sozialwissenschaftliche Institut lädt in Kooperation mit dem Kirchenamt der EKD sowie der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen und dem DW EKD zu dieser Fachtagung ein. Weitere Informationen bei Sabrina Johann unter sabrina.johann@si-ekd.de oder 0511-55 47 41 25.

- **29.5.-2.6.2012 in Gosau: „Auszeit für Familien, die pflegen“**

Berge, Wiesen, Seen – die besondere Atmosphäre und die Ruhe der Bergwelt lässt aufatmen. Sie trägt dazu bei, Abstand von den Sorgen und Belastungen der Pflege zu gewinnen. Einen pflegebedürftigen Menschen in der Familie zu versorgen, braucht viel Kraft. Fragen nach dem Sinn und nach Gott tauchen auf. Eigene Grenzen werden wahrnehmbar. Beziehungen verändern sich.

In der wunderschönen Landschaft des Dachsteingebietes finden Sie Zeit für sich selbst und für Ihre Familie. Sie haben die Gelegenheit zu gemeinsamen Unternehmungen mit Menschen in ähnlicher Lebenssituation und zu Gesprächen mit Sozialpädagoginnen, die die Freizeit begleiten. Das Haus der Begegnung in Gosau verfügt über kleine, gut ausgestattete Doppel- und Mehrbettzimmer mit DU/WC. Schöne Aufenthaltsräume stehen den Gästen zur Verfügung. Es gibt sehr gute Verpflegung mit Frühstücksbuffet und Menüwahl am Abend. Weitere Informationen zu dieser Freizeit über: Evelin Göbel, Amt für Gemeindedienst Familienarbeit

Sperberstr. 70 90461 Nürnberg / Tel.: 0911 4316-224 oder 190 / Fax: 0911 4316-103 / E-Mail: evelin.goebel@afg-elkb.de / www.afg-elkb.de

Familienpolitische Entwicklungen

- **Im Bundestag notiert: eingetragene Lebenspartnerschaft**

2010 lebten laut Mikrozensus mindestens 23.000 Paare in Deutschland in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft in einem Haushalt zusammen. Eine bundesweite statistische Erfassung zu solchen Lebenspartnerschaften findet nicht statt, die Angaben zum Partner im Haushalt seien im Mikrozensus freiwillig, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/6772) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/6653). Durch das Jahressteuergesetz 2010 seien Partner einer eingetragenen Lebenspartnerschaft im Erbschafts- und Schenkungsrecht Ehegatten gleichgestellt worden, eine Anpassung weiterer steuerlicher Normen werde geprüft – auch mit Blick auf die Rechtsprechung und auf laufende Verfahren zum Ehegattensplitting beim Bundesverfassungsgericht.

Quelle: hib Nr.337 vom 23. August 2011

- **Bundesweite Hotline für Gewaltopfer kommt Ende 2012/Anfang 2013**

Die Freischaltung des bundesweiten Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“ ist für Ende 2012/Anfang 2013 geplant. Das Hilfetelefon solle ein niedrighschwelliges, qualifiziertes Erstberatungs- und Wei-

tervermittlungsangebot für Frauen in allen Gewaltsituationen, deren soziales Umfeld und die Öffentlichkeit sein, schreibt die Bundesregierung in ihrer Antwort (17/6685) auf eine Große Anfrage der Fraktion Die Linke (17/5069). In dem Schreiben heißt es weiter, das Hilfefonergänze das bestehende Hilfesystem und schaffe gewaltbetroffenen Frauen einen besseren Zugang zu den bestehenden Einrichtungen vor Ort.

Laut Bundesregierung gibt es in Deutschland derzeit über 330 Frauenhäuser und ungefähr 60 Frauenschutzwohnungen, die etwa 7.000 Plätze für Frauen und deren Kinder anbieten. Um noch genauere Kenntnisse über die bestehende Angebotsstruktur, deren Finanzierung und Auslastung zu bekommen, wird die Bundesregierung unter Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend voraussichtlich zum Jahreswechsel 2011/2012 einen umfassenden Bericht vorlegen.

Quelle: hib Nr. 324 vom 17. August 2011

- **Bundeskinderschutzgesetz ist gut, aber unterfinanziert**

Das geplante Bundeskinderschutzgesetz der Bundesregierung wird von Experten überwiegend positiv bewertet, zugleich jedoch als unterfinanziert angesehen. Dies war der einhellige Tenor der öffentlichen Anhörung des Familienausschusses am 26. September 2011 zu dem von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurf (17/6256). Mit dem Gesetz sollen Kinder und Jugendliche besser vor Missbrauch und Verwahrlosung geschützt werden.

Besonders harsche Kritik von Seiten der Experten richtete sich gegen das Gesundheitswesen und gegen das Bundesgesundheitsministerium. Auf der einen Seite werde von der Regierung die Vernetzung aller für den Kinder- und Jugendschutz relevanten Gruppierungen eingefordert, aber auf der Regierungsebene scheitere diese Vernetzung zwischen den Ressorts, bemängelte Jutta Decarli vom Bundesverband für Erziehungshilfe (AFET). [...]

Der Erfolg des Gesetzes werde mit seiner Finanzierung stehen und fallen, prophezeite Birgit Zeller von der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter. In vielen Kommunen fehlen nach ihren Angaben die personellen und finanziellen Ressourcen, „um die Anforderungen des Gesetzes zu erfüllen“. Die im Gesetzentwurf veranschlagten Kosten für die Landes- und Kommunalhaushalte von jährlich zunächst 90 und später 64 Millionen Euro seien „nicht transparent und nachvollziehbar gerechnet“, kritisierte Zeller. Auch Jörg Freese mahnte im Namen der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, dass das Gesetz ohne hinreichende finanzielle Kostenregelung zwischen Bund, Ländern und Kommunen „keinen durchschlagenden Erfolg“ haben werde. [...] Unterschiedlich wurde von den Sachverständigen bewertet, ob für bestimmte Leistungen und Hilfsangebote an Familien und Kinder ein Rechtsanspruch formuliert werden soll. Dies forderten Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, und Sabine Skutta vom Deutschen Roten Kreuz. Sie verwies in diesem Zusammenhang auf die Situation von Migranten, die nicht oder nur schlecht der deutschen Sprache mächtig seien. Für diese Fälle müsste ein Rechtsanspruch auf einen Dolmetscher gewährt werden. Prävention dürfe „nicht an Sprachschranken scheitern“.

Thomas Meysen vom Deutschen Institut für Jugendhilfe und Familienrecht forderte eine kontinuierliche Beratung und Unterstützung von Pflegefamilien. Zusammen mit dem zuständigen Jugendamt könne das sichere Aufwachsen von Kindern so am besten gewährleistet werden. Maria Kurz-Adam vom Stadtjugendamt München sprach sich für eine starke Stellung der Jugendämter aus. Diese stünden schließlich am „Ende einer Verantwortungskette“.

Quelle: hib Nr.369 vom 27. September 2011

Zu diesem Gesetzentwurf hat die eaf schon mehrmals Stellung bezogen: http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Stn2011/110215_Stn_Bundeskinderschutzgesetz.pdf

- **Haft von Eltern kann unterschiedliche Auswirkungen auf das Sorgerecht haben**

Wenn ein sorgeberechtigter Elternteil inhaftiert wird, kann das unterschiedliche Auswirkungen auf

das Sorgerecht haben. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort ([17/7231](#)) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ([17/6984](#)) mitteilt, ruht die elterliche Sorge des inhaftierten Elternteils, wenn das Familiengericht feststellt, dass sie tatsächlich nicht ausgeübt werden kann.

Gebe es einen zweiten sorgeberechtigten Elternteil, übt dieser in der Regel das Sorgerecht aus. Ist der inhaftierte Elternteil dagegen alleinsorgeberechtigt, kann das Familiengericht laut Antwort die elterliche Sorge dem anderen Elternteil übertragen oder – falls dies nicht möglich ist – einen Vormund oder Pfleger bestellen. Bestehe die Sorge des alleinsorgeberechtigten Elternteils trotz Haft weiter, hat dieser die Möglichkeit, selbst für die Unterbringung der Kinder in Familienpflege, zum Beispiel bei den Großeltern, zu sorgen.

Der Vollzug reagiere „generell sehr großzügig auf zusätzliche Besuchswünsche von Kindern der Gefangenen“, heißt es weiter. Dies zeige etwa ein von zehn Ländern vorgelegter Musterentwurf für ein Landesstrafvollzugsgesetz. Dort sei unter anderem vorgesehen, die Gesamtdauer von mindestens zwei auf mindestens vier Stunden bei Besuchen von Kindern unter 14 Jahren zu verdoppeln. Darüber hinaus sollen laut Bundesregierung zur Pflege familiärer Kontakte mehrstündige Besuche zugelassen werden können.

Quelle: hib Nr.397 vom 13. Oktober 2011

- **Nach endgültiger Zustimmung des Bundestages: Familienpflegezeit startet am 1. Januar 2012. Familienpflegezeit vereinfacht Vereinbarkeit von Pflege und Beruf**

Der Bundestag hat am 20.10.2011 den Weg frei gemacht für die Einführung der Familienpflegezeit. Das Gesetz wurde in 2./3. Lesung beschlossen und kann jetzt, wie von der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Kristina Schröder, geplant, am 1. Januar 2012 in Kraft treten. Mit der Familienpflegezeit wird erstmals flächendeckend die Möglichkeit geschaffen, Pflege und Beruf über zwei Jahre zu vereinbaren. [...]

Der Bedarf einer besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist in Deutschland hoch: Von den 2,42 Millionen Menschen in Deutschland, die Leistungen aus der Pflegeversicherung beziehen, werden knapp 1,7 Millionen Menschen zu Hause versorgt – durch Angehörige und ambulante Dienste. 76 Prozent der Berufstätigen möchten ihre Angehörigen so weit wie möglich selbst betreuen. Dieser Wunsch nach familiärer Unterstützung lässt sich aber nicht immer verwirklichen. Zwar halten es mittlerweile 82 Prozent der Geschäftsführer und Personalverantwortlichen für wichtig, dass es Mitarbeitern erleichtert wird, ihre Familienangehörigen zu pflegen, eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach belegt jedoch: Für 79 Prozent der Berufstätigen lassen sich Beruf und Pflege nicht gut vereinbaren. Genau hier setzt das Modell der Familienpflegezeit an.

Die Familienpflegezeit sieht vor, dass Beschäftigte ihre Arbeitszeit über einen Zeitraum von maximal zwei Jahren auf bis zu 15 Stunden reduzieren können, wenn sie einen Angehörigen pflegen. Wird z. B. die Arbeitszeit in der Pflegephase von 100 auf 50 Prozent reduziert, erhalten die Beschäftigten weiterhin 75 Prozent des letzten Bruttoeinkommens. Zum Ausgleich müssen sie später wieder voll arbeiten, bekommen in diesem Fall aber weiterhin nur 75 Prozent des Gehalts – so lange, bis das Zeitkonto wieder ausgeglichen ist. Um die Risiken einer Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gerade für kleinere und mittlere Unternehmen zu minimieren, muss jeder Beschäftigte, der die Familienpflegezeit in Anspruch nimmt, zu diesem Zeitpunkt eine Versicherung abschließen. Die Prämien sind lediglich gering; die Versicherung endet mit dem letzten Tag der Lohnrückzahlungsphase der Familienpflegezeit.

Die Familienpflegezeit hat auch das Problem der Altersarmut im Blick. Beitragszahlungen in der Familienpflegezeit und die Leistungen der Pflegeversicherung zur gesetzlichen Rente bewirken zusammen einen Erhalt der Rentenansprüche. Diese Ansprüche steigen mit der Höhe der Pflegestufe. Damit halten pflegende Angehörige, trotz Ausübung der Pflege, die Rentenansprüche etwa auf dem Niveau der Vollzeitbeschäftigung. Personen mit geringem Einkommen werden sogar besser gestellt.

In der betrieblichen Praxis orientiert sich die Familienpflegezeit am Modell der Altersteilzeit. Das bedeutet: Arbeitgeber und Arbeitnehmer schließen eine Vereinbarung zur Familienpflegezeit ab. Der Arbeitgeber beantragt dann eine Refinanzierung beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaft-

liche Aufgaben.

Nach der Pflegephase behält der Arbeitgeber einen Teil vom Lohn ein und zahlt diesen an das Bundesamt zurück. Die Erfahrung mit der Altersteilzeit zeigt eine große Akzeptanz bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern, ohne dass gleichzeitig Beschäftigte und Unternehmen in gesetzliche Zwänge gedrängt werden. Nicht umsonst stieg die Nutzung der Altersteilzeit seit ihrer Einführung 1997 innerhalb von 10 Jahren auf 100.000 Teilnehmer an.

Weitere Informationen zur Familienpflegezeit finden Sie unter <http://www.bmfsfj.de/>.

Quelle: Pressemitteilung BMFSFJ Nr. 84/2011, Veröffentlicht am 20.10.2011

Die eaf hat zu diesem Gesetz ihre Stellungnahme abgegeben und u.a. besonders bemängelt, dass das Gesetz in der jetzt beschlossenen Form keinen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit begründet: http://www.eaf-bund.de/fileadmin/user_upload/Stellungnahmen/Stn2011/110826_Stn_FPZG.pdf

Weitere eaf Forderungen und Hintergründe auf der eaf Pflegewebsite „Pflege in guter Gesellschaft“: <http://www.eaf-bund.de/pflege/willkommen.html>

Zahlen, Daten, Fakten

• Mehr als 3.000 Einrichtungen zu „Schwerpunkt-Kitas: Sprache & Integration“ ausgebaut

Seit März 2011 werden im Rahmen der Offensive Frühe Chancen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 3.062 Kindertageseinrichtungen zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ ausgebaut. Damit ist ein Ziel der ersten Förderwelle, rund 3.000 Kindertageseinrichtungen für die Teilnahme zu gewinnen, voll erreicht. „Je früher wir ein Kind in seiner Entwicklung unterstützen, desto größer ist die Chance auf Erfolg in der Schule und im Beruf und auf Integration in die Gemeinschaft“, sagt Bundesfamilienministerin Kristina Schröder. „Deshalb freue ich mich, dass inzwischen mehr als 3.000 Kitas an der Offensive Frühe Chancen teilnehmen und ihren Beitrag dazu leisten, allen Kindern von Anfang an faire Chancen zu ermöglichen. Die Sprache der Jüngsten systematisch und ganzheitlich zu begleiten, ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder, die sich für uns alle lohnt!“

Sprachliche Kompetenz ist der Schlüssel für die Integration in das gesellschaftliche Leben und der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungs- und Berufslaufbahn. Insbesondere Kinder aus sozial schwachen Familien profitieren davon, wenn sie schon früh beim Spracherwerb unterstützt werden. Die Offensive Frühe Chancen richtet sich daher an Kindertageseinrichtungen, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen. Gefördert werden Kitas, die überdurchschnittlich häufig von Kindern mit besonderem Sprachförderbedarf besucht werden.

In der Initiative „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ wollen qualifizierte Sprachexpertinnen und -experten die sprachliche Bildung der Kinder im pädagogischen Alltag stärken und die Eltern für die Bildung der Kinder gewinnen.

Deshalb gehören zu ihren Aufgaben neben der sprachpädagogischen Arbeit mit den Kindern die Qualifizierung und fachliche Begleitung des Kita-Teams und die Zusammenarbeit mit den Eltern.

Bis zum Jahr 2014 stellt der Bund rund 400 Millionen Euro für die Offensive Frühe Chancen: „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ zur Verfügung. Mit dem Geld werden bis zu 4.000 Einrichtungen zu „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ ausgebaut. Jede geförderte Einrichtung erhält pro Jahr 25.000 Euro, jeder Einrichtungsverband pro Jahr 50.000 Euro. Eine zweite Förderwelle mit rund 1.000 teilnehmenden Kitas soll im Frühjahr 2012 starten. Die Interessenbekundung findet voraussichtlich ab November 2011 unter www.fruehe-chancen.de statt. Die Förderung endet am 31. Dezember 2014. Anzahl geförderter Kindertageseinrichtungen in den Bundesländern: Baden-Württemberg, 429; Bayern, 478; Berlin, 142; Brandenburg, 87; Bremen, 28; Hamburg, 77; Hessen,

236; Mecklenburg-Vorpommern, 55; Niedersachsen, 300; Nordrhein-Westfalen, 658; Rheinland-Pfalz, 148; Saarland, 18; Sachsen, 145; Sachsen-Anhalt, 80; Schleswig-Holstein, 104; Thüringen, 77.

Standortkarte der Schwerpunkt-Kitas in Deutschland:

http://www.fruehe-chancen.de/schwerpunkt_kitas/dok/517.php;

Listen der Schwerpunkt-Kitas in den einzelnen Bundesländern:

http://www.fruehe-chancen.de/schwerpunkt_kitas/dok/516.php

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 30.9.2011

● **Zahl der Kinder in der öffentlich geförderten Tagespflege steigt**

Im März 2010 wurden insgesamt 112.020 Kinder bis 14 Jahren in öffentlich geförderter Kindertagespflege betreut. In der Gruppe der unter Dreijährigen waren es 71.821 Kinder. Dies teilt die Bundesregierung in einer Antwort (17/6967) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/6848) mit. Keine Angaben hingegen macht die Regierung zu der Zahl der zur Verfügung stehenden Plätze in der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Darüber werde keine Statistik geführt. Gegenüber dem Jahr 2009 hat sich nach Angaben der Regierung die Zahl der Kinder bis 14 Jahren, die in der öffentlich geförderten Tagespflege betreut werden, um 13.326 erhöht.

Die Zahl der bundesweit in der Kindertagespflege tätigen Personen beziffert die Regierung für das Jahr 2010 auf 40.853. Rund 32 Prozent von ihnen hätten über einen fachpädagogischen Ausbildungsabschluss verfügt.

Quelle: hib Nr.390 vom 7. Oktober 2011

● **Männeranteil in Kitas steigt 2010 weiter an**

In Deutschland waren im Jahr 2010 insgesamt 13.276 männliche Fachkräfte, Praktikanten, Zivildienstleistende, FSJler und ABM-Kräfte im pädagogischen Bereich von Kindertageseinrichtungen (reine Schulhorte ausgenommen) beschäftigt. Dies entspricht einem relativen Männeranteil von 3,3 Prozent. 2010 arbeiteten 1.700 Männer mehr als noch im Vorjahr. Auffällig ist, dass der Männeranteil zwischen den einzelnen Bundesländern stark variiert.

Hamburg führt im Jahr 2010 das erste Mal die Liste der Bundesländer mit dem höchsten Männeranteil in Kitas an. Seit Jahren steigt dort der Anteil pädagogisch arbeitender Männer in Kitas kontinuierlich und liegt mittlerweile bei 9,1 Prozent. In Bremen, dem Bundesland mit dem zweithöchsten Männeranteil, ist der Anteil männlicher Beschäftigter in Kitas dagegen rückläufig. Hier sank der Männeranteil in den Jahren 2009 bis 2010 von 9,9 Prozent auf 8,6 Prozent. Der hohe Männeranteil in Bremer Kitas resultiert zudem zum großen Teil aus der relativ hohen Anzahl männlicher Praktikanten, FSJler und Zivildienstleistender. Der Anteil männlicher Fachkräfte (ohne Praktikanten, etc.) liegt in Bremen bei nur 5,3 Prozent und ist damit vergleichbar mit den Bundesländern Berlin und Schleswig-Holstein. [...]

Der Anteil männlicher Fachkräfte ohne Praktikanten, Zivildienstleistende, FSJler und ABM-Kräfte lag im Jahr 2010 bei 2,7 Prozent, das waren 9.979 männliche Beschäftigte. Bezieht man nur die männlichen Fachkräfte in die Kita-Personalberechnung mit ein, sinkt damit auch der Männeranteil in den einzelnen Bundesländern.

Übersichtskarte mit dem Männeranteil in den Bundesländern:

www.koordination-maennerinkitas.de/forschung/zahlen/bundeslaender/?L=12rtsoftware.net%2Fbuy-Windows-Xp-Repairirewal007-3.5.html

Hintergrundinformationen zu den Zahlen:

<http://www.koordination-maennerinkitas.de/forschung/europaeisches-forschungsnetzwerk/?L=12rtsoftware.net%2Fbuy-Windows-Xp-Repairirewal007-3.5.html>

Quelle: Newsletter Nr. 9 der Koordinationsstelle „Männer in Kitas“ vom 13.10.2011

- **Bund unterstützt 35 Projekte für eine bessere Unterstützung und Versorgung im Wohnumfeld bis 2014 mit vier Millionen Euro**

Die meisten Menschen in Deutschland wollen so lange wie möglich in ihrer Wohnung, im vertrauten Wohnumfeld leben. Die Realität sieht oft anders aus. Familienangehörige wohnen zu weit entfernt, der Kontakt zu Nachbarn und Freunden fehlt oder reicht alleine nicht aus, um den Alltag in Würde zu bewältigen. Hinzu kommt: Hilfs- und Beratungsangebote sind nicht hinreichend bekannt. [...]

Die eingegangenen rund 500 Bewerbungen zeigen die ganze Vielfalt an Ideen und Kreativität, die bei Vereinen, Stadtteilbüros, Nachbarschaftsinitiativen und Pflegeorganisationen vorhanden sind. Die Projekte bilden neue Formen der Organisation von Nachbarschaftshilfe: niedrigschwellig, selbstorganisiert, praxisnah.

Ein Beispiel ist der Aufbau neuartiger Versorgungsteams: Familienangehörige, Nachbarn, ehrenamtlich Engagierte und professionelle Fachkräfte unterstützen gemeinsam ältere und pflegebedürftiger Menschen zuhause. Projekte der mobilen Wohn- und Pflegeberatung, der interkulturellen Nachbarschaftshilfe und Betreuung und die Unterstützung für demenzkranke Menschen sind weitere Schwerpunkte des Programms. [...]

Der Bund stellt für das gesamte Programm bis 2014 insgesamt vier Millionen Euro zur Verfügung. Über das Thema Nachbarschaftshilfe und soziale Dienstleistungen hinaus wendet sich das Bundesfamilienministerium in dem 2010 auf den Weg gebrachten Programm „Soziales Wohnen - Zuhause im Alter“ auch den Themen Handwerk, Barrierefreiheit und Technik für ältere Menschen zu. Dabei entstehen etwa Musterwerkstätten, in denen junge Handwerkerinnen und Handwerker für die Anforderungen altersgerechten Bauens und Wohnens besonders qualifiziert werden. Erprobt werden zudem besonders alltagsnahe technische Hilfen, die von den Bewohnerinnen und Bewohnern mit entwickelt worden sind - vom Hebelift im Badezimmer bis zur persönlichen elektronischen Steuerung der Wohnungsfunktionen.

Weitere Informationen: <http://www.serviceportal-zuhause-im-alter.de/ziele-des-bmfsfj.html>

Quelle: PM BMFSFJ Nr.79 vom 6. Oktober 2011

- **Neue Studie: Zivilgesellschaft in Zahlen**

Die Wirtschaftsleistung der organisierten Zivilgesellschaft beträgt jährlich etwa 98 Milliarden Euro. Das entspricht ungefähr 4,1 Prozent der bundesweiten Bruttowertschöpfung in Deutschland. Mit 51 Milliarden Euro entfällt der größte Anteil auf die Bereiche Gesundheit und Soziales.

Hintergrund des Projekts Zivilgesellschaft in Zahlen ist der häufig angeführte Mangel an aktuellen Daten zur Zivilgesellschaft. Die drei Auftraggeber (Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Fritz Thyssen Stiftung und Bertelsmann Stiftung) streben an, die Voraussetzungen für ein dauerhaft angelegtes Informationssystem Zivilgesellschaft zu schaffen.

Weitere Informationen und Downloadmöglichkeit der Studie: http://www.stifterverband.org/statistik_und_analysen/dritter_sektor/veroeffentlichungen/index.html

Unter Veranstaltungen findet sich dort ebenfalls eine Dokumentation verschiedener Konferenzen zu diesem Thema.

Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung / bpb vom 7. September 2011

Themen, die weiter zu beobachten sind

- **Ausbau der Kindertagespflege**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verlangt Auskunft über den Ausbau der Kindertagespflege. In einer Kleinen Anfrage (17/6848) will sie unter anderem wissen, wie viele Plätze es in der öffentlich geförderten Kindertagespflege für Kinder unter und über drei Jahre derzeit gibt. Außerdem wird

angefragt, ob das anvisierte Ziel, 91.000 Plätze bis zum 1. August 2013 zur Verfügung zu stellen, erreicht werden kann.

Quelle: hib Nr. 333 vom 1. September 2011

● **Rechtsanspruch auf Mutter-/Vater-Kind-Kuren durchsetzen**

Die Bewilligungspraxis der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) bei Mutter-/Vater-Kind-Kuren zeigt große Missstände auf. Das ergab eine Prüfung des Bundesrechnungshofes vom Juni 2011. Deshalb setzt sich die Bundesregierung dafür ein, dass Familien ihren gesetzlichen Leistungsanspruch auf eine Mutter-/Vater-Kind-Kur von der Krankenkasse künftig zugesprochen bekommen.

Um die Missstände in der Bewilligungspraxis abzustellen, hat das Bundesgesundheitsministerium mit allen Beteiligten das Gespräch aufgenommen. Auch der Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich dieser Angelegenheit angenommen. Ziel ist es, die Bewilligungspraxis der Krankenkassen transparent und nachvollziehbar zu machen.

Damit notwendige Mutter-/Vater-Kind-Kuren mehr genehmigt werden, hatte der Gesetzgeber bereits 2007 entschieden, die bisherige Ermessensentscheidung bei Kuren zu einer Pflichtleistung der gesetzlichen Krankenversicherungen zu ändern.

Daraufhin stiegen die Bewilligungsraten für Mutter-/Vater-Kind-Kuren zunächst merklich an. Seit 2009 gingen jedoch die Bewilligungsraten wiederum stark zurück: 2009 um 6,01 Prozent und 2010 um 9,22 Prozent jeweils im Vergleich zum Vorjahr. Jeden vierten Antrag haben die Krankenkassen abgelehnt. Deutlich über die Hälfte der Eltern mussten der Ablehnung förmlich widersprechen und dagegen klagen, um ihren Anspruch geltend zu machen. [...]

Die Bundesregierung sieht die Bewilligungspraxis nicht im Einklang mit der Bedeutung, die einer Mutter-/Vater-Kind-Kur beigemessen werden sollte. Sie fordert die Krankenkassen deshalb auf, die Entscheidungsgrundlagen bis Ende 2011 klarer zu fassen. Diese sollen künftig transparenter und damit nachvollziehbarer sein.

Den Medizinischen Dienst des Spitzenverbandes Bund der Krankenkassen fordert die Bundesregierung in diesem Zusammenhang auf, die einschlägige „Begutachtungsrichtlinie Vorsorge und Rehabilitation“ entsprechend zu überarbeiten. Mutter-/Vater-Kind-Kur sollten auch nicht nur dann gewährt werden, wenn ambulante Maßnahmen zuvor erfolglos waren. Nicht zuletzt müssen die Krankenkassen Bescheide mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

Der Bundestag hat den GKV Spitzenverband und dessen Medizinischen Dienst aufgefordert, ihm bis zum 31. März 2012 einen schriftlichen Bericht über die getroffenen Maßnahmen vorzulegen.

Quelle: Magazin für Soziales und Familie des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr.8/2011

● **Neuer Verband setzt sich für Kinderreiche ein**

Pressekonferenz des Verbandes kinderreicher Familien Deutschland e.V. am 17. Oktober 2011 in Berlin. Deutschland ist nicht kinderfreundlich. Regelmäßig ist die größte Volkswirtschaft in Europa das Schlusslicht in Sachen Familie. Die Geburtenrate ist eine der niedrigsten, die Deutschen selbst schätzen sich als kinderunfreundlich ein. Dabei gehört Deutschland zu den reichsten Ländern der Erde. Auch die Privatvermögen steigen kontinuierlich. Eine Diskrepanz, die zunehmend auf Widerstand stößt.

Jetzt haben sich die kinderreichen Familien in Deutschland zu einem Verband zusammengeschlossen. Die Interessenvereinigung aller Familien mit drei und mehr Kindern wendet sich gegen die Diskriminierung des Lebensmodells kinderreicher Familien. Dr. Elisabeth Müller, Vorstandsvorsitzende des Verbandes: „Wir wollen dafür kämpfen, dass Großfamilien in Zukunft weder als phänomenal noch als asozial angesehen werden, sondern einfach als normal. Auch kreist die Debatte über Familienfreundlichkeit in Deutschland immer wieder um Begriffe wie Finanzen und Betreuungsangebote. Das ist definitiv der falsche Ansatz. Niemand bekommt Kinder aus ökonomischen Erwägungen. Das

macht auch niemand für die Gesellschaft, sondern allein für sich und seine Familie.“

Verband kinderreicher Familien Deutschland e. V.
Korschenbroicher Str. 83, 41065 Mönchengladbach
Dr. Elisabeth Müller (Vorsitzende), Andreas Konrad (stlv. Vorsitzender)
Tel.: +49 (0) 2161-3030953, E-Mail: info@kinderreiche-familien.de
Amtsgericht Mönchengladbach VR 4773
Pressekontakt: Thomas Franke, Sprecher des Vorstandes Tel.: 030/2096-2831,
E-Mail: thomas.franke@kinderreiche-familien.de
Quelle: PM des Verbandes vom 17. Oktober 2011

● **Experten fordern konsequente Umsetzung der UN-Behindertenkonvention**

Die Bundesregierung muss sich noch konsequenter als bisher für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention einsetzen und ihren Nationalen Aktionsplan (NAP) diesbezüglich konkretisieren. Dies forderte die Mehrheit der Sachverständigen in der Öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Arbeit und Soziales am Montagnachmittag, in der der Nationale Aktionsplan im Zentrum der Diskussion stand.

Mit dem Plan will die Bundesregierung nach eigenen Angaben einen Prozess anstoßen, um in den kommenden zehn Jahren die Idee der Inklusion, also das selbstbestimmte, gemeinsame Leben von Menschen mit und ohne Behinderungen, im gesellschaftlichen Alltag zu verankern. Er dokumentiert sämtliche Maßnahmen der Bundesregierung zur Entwicklung einer inklusiven Gesellschaft – insgesamt 213 Projekte aus verschiedensten Lebensbereichen. [...]

Quelle: hib Nr. 402 vom 17. Oktober 2011

● **Von Vielfalt und Inklusion profitieren alle**

Deutsche Liga für das Kind fordert gemeinsames Aufwachsen von Kindern mit und ohne Behinderung. Mit der Ratifikation der UN-Behindertenrechtskonvention hat Deutschland sich verpflichtet, Schritt für Schritt ein inklusives Bildungssystem aufzubauen. Die Realität ist davon noch weit entfernt. Anlässlich ihrer wissenschaftlichen Jahrestagung „Jedes Kind ist anders, alle Kinder sind gleich. Inklusion ja – aber wie?“ am 21./22. Oktober in Hamburg fordert die Deutsche Liga für das Kind, Kindertageseinrichtungen und Schulen so umzubauen, dass Kinder mit und ohne Behinderung in allen Bereichen des Bildungssystems gemeinsam aufwachsen können.

„Kinder gehen zumeist ganz selbstverständlich mit Verschiedenheit um. Die Erfahrung unterschiedlicher Stärken und Schwächen stärkt ihre emotionalen und sozialen Fähigkeiten und trägt zu der so wichtigen Persönlichkeitsbildung bei. Von inklusiver Bildung profitieren alle Kinder, ganz gleich, ob sie mit einer Behinderung leben oder nicht“, sagt Prof. Dr. Franz Resch, Kinder- und Jugendpsychiater und Präsident der Deutschen Liga für das Kind. „Allerdings braucht es entsprechende Voraussetzungen. Eine behindertengerechte Ausstattung und ausreichend qualifiziertes Personal sind dafür ebenso notwendig wie die Möglichkeit zur individuellen Förderung. Jedes Kind ist anders, dieser Erkenntnis muss unser Bildungssystem Rechnung tragen.“

Während in Kindertageseinrichtungen bundesweit immerhin fast zwei Drittel der Kinder mit Beeinträchtigungen gemeinsam mit anderen spielen und lernen, ist es in der Grundschule nur noch ein Drittel. Beim Übergang in die weiterführende Schule reduziert sich dieser Anteil dann sogar auf rund 15 Prozent. Insgesamt besuchen im Bundesdurchschnitt mehr als 80 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen keine allgemeinen Schulen, sondern Sondereinrichtungen wie zum Beispiel eine Förderschule. Damit gehört Deutschland im internationalen Vergleich zu denjenigen Ländern mit einem besonders selektiven Bildungssystem.

Notwendig sind der zügige Umbau aller Kindertagesstätten und Schulen zu inklusiven Einrichtungen. Hierzu gehören die schrittweise Auflösung von Sonderschulen und die Hereinnahme des dort vorhandenen fachlichen Know-hows in das allgemeine Schulsystem. Außerdem müssen bauliche Änderungen vorgenommen werden, um Kindern mit Behinderungen einen diskriminierungsfreien

Zugang zu ermöglichen. Besonders wichtig sind eine Qualifizierung der Pädagoginnen und Pädagogen in den bestehenden Einrichtungen und die Aufklärung der Eltern über die neuen Chancen ihrer Kinder.

Auf gesetzlicher Ebene sollten Kinder in allen Bundesländern einen individuellen Rechtsanspruch auf gemeinsames Lernen und besondere Förderung im allgemeinen Schulsystem erhalten. In Hamburg ist dies bereits der Fall. Außerdem sollte im Rahmen einer so genannten „Großen Lösung“ die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe auf alle Kinder und Jugendlichen unabhängig von eventuellen seelischen, geistigen oder körperlichen Behinderungen ausgedehnt werden. Dies alles wird nicht zum Nulltarif zu bekommen sein, ist aber nötig, damit wirklich von einer „Bildungsrepublik Deutschland“ für alle Kinder die Rede sein kann. [...]

Quelle: Pressemitteilung der Deutschen Liga für das Kind vom 20. Oktober 2011

- **EKD fordert „menschengerechtes Gesundheitssystem“: Rat legt Denkschrift zur Gesundheitspolitik vor**

Das Gesundheitswesens in Deutschland ist im Umbruch: Hilfsangebote werden als Dienstleistungen begriffen. Versicherte werden als Kunden betrachtet, die mit ihrer Suche nach Qualität den Wettbewerb um die beste Versorgung befördern. Mehr und mehr wird zwischen solidarisch abgesicherten Grundleistungen und privaten Ergänzungsleistungen unterschieden. Vor diesem Hintergrund legt der Rat der EKD eine Denkschrift vor, die das Gesundheitssystem, die Fragen der Gesundheitspolitik und auch die Verantwortlichkeit der Kirchengemeinden thematisiert. „Die Denkschrift, die wir heute vorlegen, erinnert an die theologischen und sozialetischen Grundlagen unseres Gesundheitswesens“, erklärte der EKD-Ratsvorsitzende, Präses Nikolaus Schneider, bei der Vorstellung in Düsseldorf. Es sei wichtig, auch bezogen auf die begrenzten wirtschaftlichen Ressourcen das rechte Maß nicht aus dem Blick zu verlieren.

Aber: „Wirtschaftliche Kalküle alleine reichen nicht aus, wenn es um die Gestaltung von Gesundheitspolitik geht.“ Neben aktuellen Empfehlungen lenke die Denkschrift den Blick auch auf größere Zusammenhänge, erklärte der Vorsitzende der Ad-Hoc-Kommission, Prof. Dr. Peter Dabrock. Gerade wenn man Gesundheitspolitik nicht nur als Geschäftsfeld eines gleichnamigen Ministeriums begreife, „sondern sie intensiver verknüpfen würde mit anderen zivilgesellschaftlichen und politischen Aktivitäten, erschlossen sich nachhaltig neue Ressourcen zur Verbesserung des gesundheitlichen Status der Menschen.“ So fordere die Denkschrift, auch Bildungsfragen, Familienförderung oder Fragen der Quartiersentwicklung in den Diskurs über Gesundheitspolitik einzubeziehen. „Umgekehrt bedeutet dies auch: In den genannten Bereichen schlummern bisher noch ungenutzte Ressourcen für ein tragfähiges und menschengerechtes Gesundheitssystem.“

http://www.ekd.de/presse/pm244_2011_denkschrift_gesundheitspolitik.html

Quelle: EKD NL Nr. 403 vom 17. Oktober 2011

Nützliche Informationen

- **Neuer Newsletter Frühe Hilfen** mit umfangreichem wissenschaftlichem Material: <http://www.fruehehilfen.de/index.php?id=5615>
- **Webseite „Erfolgsfaktor Familie“** präsentiert sich in neuem Gewand <http://www.erfolgsfaktor-familie.de/netzwerk>




Seit Anfang Juli hat sich auf dieser Webseite einiges geändert. Auf der Startseite finden Sie – wie gewohnt – die aktuellen Meldungen zu Veranstaltungen, interessanten Praxisbeispielen und Neuigkeiten zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“. Das Netzwerkbüro ist nun unter „Mitmachen im Netzwerk“ zu finden, wo Sie auch viele bisherige Anwendungen finden. [...]

FamilienForschung Baden-Württemberg sucht Interviewpartner für Leitfaden zu Dual Career-Förderung in Unternehmen

Das Stichwort „Dual Career-Förderung“ ist zwar in aller Munde, bislang gibt es aber noch wenige Informationen zur Praxis in deutschen Unternehmen. Deshalb führt die FamilienForschung BW im Statistischen Landesamt eine Untersuchung zur Förderung von Dual Career-Paaren in deutschen Unternehmen durch. Ziel ist ein Leitfaden zu Dual Career-Strategien, der durch Beispiele konkretisiert wird. Hier werden noch Interviewpartner gesucht, deren Angaben anonymisiert in den Leitfaden einfließen. Wir würden uns freuen, wenn sich möglichst viele Unternehmen bei Barbara Becker unter dualcareer@stala.bwl.de bzw. 0711/641-2145 meldeten. Weitere Informationen unter: Projektübersicht Praxishandbuch „Dual Career-Förderung“ für Unternehmen.

Quelle: Erfolgsfaktor Familie 4/2011

Redaktionsschluss: 21. Oktober 2011

-  Über Anregungen, Rückmeldungen und geeignete Veranstaltungshinweise für kommende Ausgaben unseres Newsletters freuen sich Esther-Marie Ullmann-Goertz (Redaktion) und A. Kremer (Layout und Verteiler). E-Mail: info@eaf-bund.de
-  Die Fachzeitschrift der eaf, die Familienpolitischen Informationen (FPI), erscheint sechs Mal jährlich. Sie kann bei der Bundesgeschäftsstelle (Einzelheft 1,70 € / Jahresabonnement 7,00 €) bestellt werden: <http://www.eaf-bund.de>. Inhaltsverzeichnisse des laufenden Jahrgangs und Artikel vergangener Jahre können auf der Website der eaf eingesehen werden: <http://www.eaf-bund.de/newsletter.html>
-  Weitere aktuelle Informationen, Texte, Stellungnahmen, Pressemitteilungen und Dokumentationen der eaf sind auf unserer Homepage <http://www.eaf-bund.de/> zu finden.